

GRENZLANDPOLITIK IM WESTEN 1926–1936

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 36

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

Fritz Blaich

Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936

Die „Westhilfe“ zwischen Reichspolitik
und Länderinteressen

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Blaich, Fritz

Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936:

d. „Westhilfe“ zwischen Reichspolitik u. Länderinteressen. –

Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1978.

(Schriftenreihe der Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte; Nr. 36

ISBN 3-421-01853-7

© 1978 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Umschlagentwurf: Edgar Dambacher.

Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding

Printed in Germany. ISBN 3 421 01853 7

Inhalt

I. Einführung: Die Westhilfe als Gegenstand historischer Forschung	7
II. Das Entstehen der Westhilfe. Ursprung und Vorläufer	12
1. Die Grenzlandpolitik der Zentrumspariei	12
2. Das Westprogramm im preußischen Landtag	16
3. Die Westhilfe als Weiterführung der Ruhrentschädigung	18
4. Die Auseinandersetzung um das „Grenzprogramm 1927“	20
III. Die erste Stufe der Westhilfe: Der „Westgrenzfonds“	27
1. Der Westgrenzfonds als einmalige Beihilfe	27
2. Die Auseinandersetzung um die Beteiligung Badens und Hessens an der Westhilfe	32
3. Der Westgrenzfonds als Instrument der Wirtschaftspolitik	36
IV. Das Ringen um ein Westprogramm 1928–1930	40
1. Die Initiative der Zentrumspariei zur Weiterführung und zum Ausbau der Westhilfe	40
2. Die wirtschaftliche Notlage der Westgebiete im Spiegel der Länderdendkschriften	45
3. Der politische Ertrag der Länderdendkschriften	55
4. Das Westprogramm im Zeichen der Befreiungspolitik	57
5. Die Ostdenkschrift als Hemmschuh der Westhilfe	64
V. Die „Reichswesthilfe“ in der Ära Brüning	72
1. Wirtschaftliche Folgen der Rheinlandräumung	72
2. Die Ostorientierung in der Grenzlandpolitik	79
3. Der Einfluß der Saarfrage und der Agrarkrise auf die Gestaltung der Westhilfe	88
4. Die Reichswesthilfe als Mittel der Arbeitsbeschaffung zwischen 1930 und 1932	91
VI. Die „Reichswesthilfe“ im Dienste der Politik des Nationalsozialismus	99

1. Die Ausschaltung der Länder durch „Gleichschaltung“	99
2. Die Westhilfe als Instrument der Saarpropaganda	104
3. Die Westhilfe als Mittel der Arbeitsbeschaffung in der entmilitarisierten Zone	110
VII. Ausblick: Von der „Reichswesthilfe“ zur „Grenzlandfürsorge“ . .	117
Quellen- und Literaturverzeichnis	123
Verzeichnis wichtiger Abkürzungen	132
Personenregister	133

I. Einführung: Die Westhilfe als Gegenstand historischer Forschung

Der im Oktober 1925 abgeschlossene Vertrag von Locarno, in dem Deutschland seine westlichen Grenzen als endgültig anerkannte, während Frankreich und Belgien ihrerseits den gegenwärtigen Grenzverlauf garantierten, erlaubte der Reichsregierung eine stärkere Ausrichtung ihrer Politik auf ihre Grenzgebiete im Osten. Seit den schweren Kämpfen, welche Deutsche und Polen zwischen 1919 und 1921 um den Besitz Oberschlesiens ausgefochten hatten, galt die deutsche Ostgrenze als bedroht. Die Abtrennung Ostpreußens vom Reichsgebiet, die Umwandlung der Stadt Danzig in einen Freistaat und die Teilung des oberschlesischen Industriegebietes durch eine „unglückliche“, auf wirtschaftliche Verflechtungen keine Rücksicht nehmende Grenzziehung hielten eine ständige politische Spannung zwischen den beiden Nachbarvölkern aufrecht, zumal Deutschland sich weigerte, für den Grenzverlauf im Osten eine Garantieerklärung im Sinne eines „Ost-Locarno“ abzugeben.¹ Diese Situation bot der Reichsregierung willkommenen Anlaß, immer dann die nationale Gefährdung des deutschen Ostens zu beschwören, wenn sie der Industrie in Oberschlesien und den „ostelbischen“ Großgrundbesitzern Subventionen zukommen ließ. Die Führung der Reichswehr unterstützte diese Politik. Ihre Bestrebungen, die „Insel Ostpreußen“ gegen einen polnischen Angriff zu wappnen, leiteten umfangreiche Subventionszahlungen zugunsten rüstungswichtiger, aber technisch rückständiger und organisatorisch veralteter Unternehmungen des Schiff-, Maschinen- und Lokomotivenbaus sowie der Automobilfabrikation in Ostpreußen ein.²

Die Finanzhilfen für die Industrie und die Landwirtschaft im deutschen Osten, die teils aus Einzelsubventionen für bestimmte Firmen, teils aus globalen Unterstützungen für ganze Wirtschaftszweige bestanden, wurden bald allgemein zusammenfassend als „Osthilfe“ bezeichnet. Die Bedeutung der Osthilfe im Rahmen der Reichspolitik nahm ständig zu, bis schließlich Reichskanzler Brüning auf Drängen des Reichspräsidenten von Hindenburg die Agrarpolitik des Reiches allmählich in eine „Osthilfepolitik“ umwandelte. Nicht genug, daß sich nun im Reichskabinett heftige Meinungsver-

¹ Vgl. C. Höltje, Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919–1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919, 1958, S. 83f.

² Siehe hierzu R. Sauerzapf, Subventionsgewährung im Dienste der deutschen Revisions- und Revanchepolitik gegen Polen 1925/26–1933. Die Industrie – „Osthilfe“ der Weimarer Republik, 1965, S. 70f.

schiedenheiten an den Problemen der Osthilfe entzündeten, mit diesem Kurs der Agrarpolitik setzte sich Brüning obendrein buchstäblich zwischen alle Stühle. Den ostdeutschen Großgrundbesitzern erschien die finanzielle Hilfe zu dürrtig. Überdies waren sie darüber empört, daß sich die Reichsregierung vor der Auszahlung der Gelder eine betriebswirtschaftliche Überprüfung ihrer Gutswirtschaften vorbehalten hatte. Die Verbraucher waren über die Preise für Brotgetreide erbittert, deren Höhe dank der Osthilfe auf den deutschen Binnenmärkten weit über dem Niveau der Weltmärkte lag. Die Bauern im Westen und Süden Deutschlands klagten über die teuren Futtermittel, die sie wegen der prohibitiven Einfuhrzölle aus den deutschen Ostprovinzen beziehen mußten.³ In der Öffentlichkeit erfuhr die Osthilfe eine vorwiegend negative Wertung, weil Korruption und die ungerechtfertigte Bereicherung wohlhabender Großgrundbesitzer, die im sogenannten „Osthilfeskandal“ gipfelten, den Weg ihrer Durchführung säumten.⁴ Meinungsverschiedenheiten über die als Osthilfe betriebene Agrarpolitik führten schließlich im Mai 1932 zu Brünings Sturz und beschleunigten den Untergang der Republik von Weimar. Diese politischen Auswirkungen erklären die große Aufmerksamkeit, welche die Geschichtswissenschaft der Osthilfe zuwandte. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Gegenstand, die bereits in den dreißiger Jahren begann, hat inzwischen einen Stand erreicht, der wohl alle Aspekte der Osthilfepolitik ausleuchtet.⁵

³ Vgl. K. E. Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, 1967, S. 51 f.; T. P. Koops, Zielkonflikte der Agrar- und Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning, in: H. Mommsen u. a. (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, 1974, S. 867 f.

⁴ K. Heinig, Der Osthilfeskandal, 1933; W. Treue (Hg.), Deutschland in der Weltwirtschaftskrise in Augenzeugenberichten, 1967², S. 352 f.

⁵ Als wichtige Beiträge zum Thema „Osthilfe“ seien genannt: U. Bowien, Die Durchführung der Ostpreußenhilfe und der Osthilfe in Ostpreußen, 1933; T. Kritzler, Ostnot und Osthilfe als Wirtschaftsproblem, 1936; B. Buchta, Die Junker und die Weimarer Republik. Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928–1933, 1959; Sauerzapf, 1965; G. Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Zur Vorgeschichte der „Osthilfe“ der Regierung Brüning, in: F. A. Hermens u. a. (Hg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, 1967; H. Muth, Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, ebd.; F. M. Fiederlein, Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen, Schleicher, 1966; H. Niehaus, Die Osthilfe. Gründe, Methoden, Ergebnisse und politische Bedeutung, in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, 1966; D. Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchungen eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, 1969; N. Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik, 1973. Aufschlußreich sind ferner die Aufzeichnungen der am Zustandekommen und an der Durchführung der Osthilfe beteiligten Politiker, z. B. O. Braun, Von Weimar zu Hitler, 1949; M. Frh. v. Braun, Weg durch vier Zeitepochen. Vom ostpreußischen Gutsleben der Väter bis zur Weltraumforschung des Sohnes, 1965; H. Brüning, Memoiren 1918–1934, 1970.

Im Schatten der Osthilfe und im Wettstreit mit ihr erwuchs ab 1926 ein zweites regionales Förderungsprogramm des Reiches, das zunächst nur den durch die neue Grenzziehung im Westen betroffenen Gebieten zgedacht war, jedoch schon bald auch auf alle Besatzungszonen ausgedehnt wurde. Dieses Programm, für das sich rasch die Bezeichnung „Westhilfe“ einbürgerte, fand in der Öffentlichkeit kaum Beachtung. Im Gegensatz zur Osthilfe wurde es nicht in die Form eines besonderen Reichsgesetzes gekleidet, sondern erschien als Ausgabeposten im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt unter dem Titel „Innere Kriegslasten“. Seine Abwicklung vollzog sich ohne Skandale, die geeignet gewesen wären, die öffentliche Meinung zu erregen, und die Fonds, die ihm zugeteilt wurden, erreichten vor allem in den Jahren der Weltwirtschaftskrise bei weitem nicht die Höhe jener Beträge, die für den Osten aufgebracht wurden. Während die Osthilfepolitik auf einer verhältnismäßig überschaubaren Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung beruhte, sah sich das Reich bei der Westhilfe vor die Aufgabe gestellt, die Planung und die Durchführung seines Westprogramms mit den Interessen von immerhin fünf Reichsländern – Baden, Bayern, Hessen, Oldenburg und Preußen – abzustimmen. Sicher ist es diesen Besonderheiten zuzuschreiben, daß die Geschichtsschreibung die Westhilfe bisher übergangen hat.

Dabei konnte die Bevölkerung in den besetzten Gebieten des Westens mindestens ebenso gute Gründe für staatliche Stützungsmaßnahmen vorbringen wie jene in den Ostprovinzen. Zwar hatte sich nach dem Abbruch des Ruhrkampfes der Druck des Besatzungsregimes erheblich gemildert, doch beeinflussten die Eingriffe der Besatzungsmächte, die immer noch nicht frei von Schikanen waren, bis zur endgültigen Räumung im Juni 1930 das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben im besetzten Gebiet.⁶ Selbst die nationalpolitische Gefährdung, die, maßlos übertrieben, zur Rechtfertigung immer höherer Subventionen für den Osten dienen mußte, fehlte im Westen nicht. Gewiß, die separatistische Bewegung, die sich mit den Namen Dorten, Smeets und Matthes verband und die zur Errichtung der kurzlebigen „Rheinischen Republik“ führte, fand in der Bevölkerung keinen Rückhalt. Doch gerade in den Kreisen, welche die separatistische „Revolverrepublik“ niederkämpften, hinterließ der Ruhrkampf ein Unbehagen „gegenüber Berlin“,

⁶ K.-G. Faber, Die südlichen Rheinlande von 1816 bis 1956, in: F. Petri u. a. (Hg.), Rheinische Geschichte Bd. 2, 1976, S. 437f.; ferner G. Kentenich, 12 Jahre unter der Geißel der Fremdherrschaft. Trier und das Trierer Land in der Besatzungszeit 1919–1930, 1930, S. 111f.; K. Baden, Rückblick auf zwölf Jahre Fremdherrschaft am Rhein, in: Hd. 10 (1930), S. 202; J. Jacobsen, Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925–1929, 1972, S. 363f.; J. Bariéty, La haute commission interalliée des territoires rhénans, in: Problèmes de la Rhénanie 1919–1930 / Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg, 1975.

das sich gleichermaßen gegen die Regierungen des Reiches und Preußens richtete. Vor allem die kleinen Landwirte, die Winzer und die Arbeiter fürchteten, „Berlin“ wolle die Rheinlande „versacken“ lassen und die dadurch ersparten finanziellen Mittel zur Sanierung der Wirtschaft im unbesetzten Gebiet benutzen. Wiederholt berichteten die Vertreter der Reichsregierung in den Landes- und Provinzhauptstädten des Westens von einer „gereizten Stimmung gegen Berlin“.⁷ Angesichts der „Rheinlandbewegung“ und der Parole „Los von Berlin!“, die in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende in der Bevölkerung Anklang und Widerhall gefunden hatten, mußte die Reichsregierung Berichte über derartige Unmutsäußerungen ernstnehmen. Andererseits empfahl sich gerade das Reich als politischer Gesprächspartner der Rheinlande, nachdem es die preußische Staatsregierung „unter dem nüchternen Ostpreußen Otto Braun“ nicht vermochte, „die rheinische Volksphantasie zu beflügeln, und von daher einen stärkeren persönlichen Kontakt mit Berlin herzustellen.“⁸

Die entscheidenden Argumente, die für die Durchführung einer Westhilfe sprachen, lieferte jedoch die Wirtschaft. Der Verlust Elsaß-Lothringens, die Abschnürung des Saargebietes, die Schikanen und Sanktionen der ersten Besatzungszeit, der Ruhrkampf und die aggressive Außenwirtschaftspolitik Frankreichs und Belgiens hatten tiefe Wunden in das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete geschlagen, die durch die „Verständigungspolitik“ der Ära Stresemann allein nicht geheilt werden konnten. Wirtschaftsexperten behaupteten sogar, durch die Kriegsfolgen sei „der Westen ungleich mehr getroffen und geschädigt als der Osten, und zwar umso spürbarer, weil er ein viel entwickelteres, materiell wertvolleres und daher auch ungleich empfindlicheres wirtschaftliches und soziales System aufweist.“⁹ In den ersten Jahren nach Kriegsende mochte die Bevölkerung ihre katastrophale wirtschaftliche Lage noch der Willkür der Besatzungsmächte anlasten und sich demzufolge von einer Änderung der Besatzungspolitik eine wirtschaftliche Erholung erhoffen. Als aber im Zuge der Verständigungspolitik der Güteraustausch zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet fast wieder reibungslos ablief, stellte sich heraus, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Besatzungszo-

⁷ Siehe hierzu R. Morsey, Die Rheinlande, Preußen und das Reich 1914–1945, in: Rh Vjbl 30 (1965), S. 183 f.; K. D. Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, 1966, S. 25 f.; F. P. Kahlenberg (Hg.), Die Berichte Eduard Davids als Reichsvertreter in Hessen 1921–1927, 1970, S. 155 f. Ferner Kahlenberg, Großhessenpläne und Separatismus – Das Problem der Zukunftsorientierung des Rhein-Main-Gebietes nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1923), in: Geschichte. Landeskunde Bd. 5, T. 2, 1969; P. Hüttenberger, Methoden und Ziele der französischen Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg in der Pfalz, in: Bll Dt LdG 108 (1972), S. 105 f.

⁸ Morsey, S. 205.

⁹ B. Kuske, Die Durchführung des Westprogramms, in: Frankfurter Zeitung vom 19. 6. 1930.

nen weiterhin beträchtlich über dem Reichsdurchschnitt lag, während das Steueraufkommen hinter den Erträgen im unbesetzten Deutschland zurückblieb. Daher drang allmählich die Erkenntnis durch, daß der Kriegsausgang die Wirtschaftskraft der Westprovinzen nachhaltig geschwächt hatte: Das „Westproblem“ war geboren.¹⁰ Landwirtschaft, Handel und Gewerbe klagten nunmehr einhellig über die „Grenzlandnot“, und manche Städte im besetzten Gebiet kehrten die Ursachen ihrer finanziellen Schwierigkeiten heraus, indem sie sich jetzt demonstrativ „Grenzstadt“ nannten.¹¹

Die Grenzlandnot des Westens bildet den Ausgangspunkt der folgenden Untersuchung, die insgesamt vier Ziele verfolgt. Sie zeichnet den Weg nach, der vom „Westproblem“ zur „Westhilfe“ der Reichsregierung führte, sie legt die Probleme dar, welche die Gestaltung und die Durchführung der Westhilfe vornehmlich für die Innen- und die Finanzpolitik des Reiches aufwarfen, sie bemüht sich um eine Würdigung der Auswirkungen dieses regionalen Förderungsprogramms, und sie zeigt schließlich, in welcher Weise die Nationalsozialisten, wiederum unter der Zuständigkeit des Innen- und des Finanzministeriums, die Westhilfe zur Erreichung ihrer politischen Zielsetzungen einspannten.

¹⁰ Vgl. Kuske; G. Plum, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928–1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen, 1972, S. 57f.; Faber, S. 437f.

¹¹ Vgl. z.B. G. Herzog, Vierzig Jahre Verband der Pfälzischen Industrie, in: Tradition 4 (1959), S. 48; M. Maillard, Aachen als Grenzstadt, 1933; A. Schneider, Karlsruhe, die junge deutsche Grenzstadt, 1934; E. Moses, Die Finanznotlage der Grenzstadt Zweibrücken, ihre Ursachen, Auswirkungen und die Mittel zu ihrer Behebung, 1928.